

B-212-Groll richtet sich gegen Bremen dk 18.10.07

Erneut massiver Bürgerprotest / Einmütige Ablehnung einer Umgehung / Druck gegen Hansestadt

Mit ihrer Forderung nach einem kategorischen Nein zu einer neuen B 212 konnten sich Bürger und Ortsvereine jedoch nicht durchsetzen. Rat und Verwaltung setzen auf eine neue Prüfung nördlicher Streckenvarianten

VON MICHAEL KORN

GANDERKESEE. Die Gemeinde Ganderkesee hat gestern die von betroffenen Bürgern und Ortsvereinen erhoffte deutliche Positionierung zur neuen B 212 und zur von Delmenhorst geforderten Stadtumgehung in einem wichtigen Punkt beschlossen: Einstimmig erteilte der Ausschuss für Gemeindeentwicklung den „Planungsüberlegungen der Stadt Delmenhorst für eine westlich ihres Stadtgebiets verlaufende Entlastungsstraße“ eine klare Absage. Eine ebenso geforderten und von UWG und Grünen beantragten Ablehnung einer B 212 neu, egal in welcher Streckenvariante, dagegen folgte der Ausschuss nicht.



Kein Platz mehr frei: Die heftig umstrittenen Themen B 212 sowie Baugebiete Vollersweg/Hutfilterstraße und Heide/Schulweg zogen über 300 Bürger ins Rathaus.

FOTO: MICHAEL KORN

der Kommunalverbund und die Landesbehörde für Straßen und Verkehr eingeschaltet werden.

Delmenhorsts Erster Stadtrat Gerd Linderkamp, der der Sitzung beiwohnte und sich

heftiger Kritik von Bürgern und Ortsvereinen am Ratsbeschluss für eine Stadtumgehung ausgesetzt sah, wies zurück, dass Delmenhorst auf Ganderkeseer Gebiet plane: Delmenhorst spreche nicht

von einer „Westumgehung“, sondern lediglich von einer „Verbindung von der B 212 neu zur A 28“. Darüber müsse gemeinsam mit Ganderkesee gesprochen werden. Gerken-Klaas bekräftigte dennoch,

Vielmehr soll jetzt gemeinsam mit Delmenhorst Druck auf Bremen ausgeübt werden, nördliche Streckenvarianten der neuen B 212 erneut „beleuchtet“ werden. Wie es Bürgermeisterin Ali Gerken-Klaas formulierte. Sie wies daraufhin, dass dies ein Straßenausbauprojekt sei und es an der Gelegenheit sei und darauf ankomme, zusammen mit Delmenhorst eine Vermeidung von Durchgangsverkehr auf Stadt und Gemeinde zu verhindern. Dazu sollte

eine Rücknahme des Delmenhorster Beschlusses wäre ein „schönes politisches Signal“. In zahlreichen Wortbeiträgen machten Anwohner ihre Ängste über zunehmenden Verkehr und Lärm sowie eine massive Minderung der Wohnqualität und der Grundstückswerte deutlich. Kritisiert wurde vor allem Bremen, das „stur und arrogant“ eine südliche B 212-Trasse mit schwerwiegenden Verkehrsfolgen für Delmenhorst und Ganderkesee plane. Auch Linderkamp sieht die beiden Nachbarn als „Opfer“.

Mit Mehrheit angenommen wurde zudem ein FDP-Antrag, mit dem ein „autobahnmäßiger“ Ausbau des Lückenschlusses zwischen A 281 und A 1 auf Bremer Gebiet gefordert wird, bevor eine neue B 212 realisiert wird.

Unterdessen hat die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, dass sich der Landkreis mit den Plänen befasst. Der Kreis müssen den betroffenen Kommunen helfen, in dem mit Hilfe des Kommunalverbundes eine abgestimmte Verfahrensbeteiligung ermöglicht wird.